

Regierungsratsbeschluss

vom 25. November 2008

Nr. 2008/2062

Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative SchKG – Begrenzung des Konkursprivilegs für Arbeitnehmerforderungen
Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 29. September 2008 gelangt die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates an die Kantonsregierungen und ersucht um eine Stellungnahme zum Vorentwurf zur Parlamentarischen Initiative SchKG – Begrenzung des Konkursprivilegs für Arbeitnehmerforderungen. Das Finanzdepartement hat die Vernehmlassung vorbereitet und legt sie zur Beratung und Beschlussfassung vor.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz

Verteiler

Finanzdepartement
Amtschreiberei-Inspektorat
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst Justiz
Ratsleitung (7)
Medien (jae)